

Brindisi und Wien.

Die ausländische Presse beschäftigt sich immer noch lebhaft mit der Begegnung Kaiser Wilhelms mit König Viktor Emanuel und dem Kaiser Franz Joseph. Sind schon die englischen und französischen Blätterstimmen nicht gerade in wohlwollendem Tone gehalten, so zeigt ein Leitartikel der Petersburger "Novaja Wremja" recht deutlich, daß die Balkanfrage und ihr Verlauf Deutschland und Österreich-Ungarn sich zugleich Feindschaft zugezogen haben. Das baltamatische Blatt schreibt u. a.: Die russische Diplomatie konnte freilich nicht wissen, daß im Falle eines Krieges Bosnien und die Herzegowina sich erhoben hätten, ebenso daß Württemberg in allen slawischen Gebieten Österreich entstanden wären, denn die russische Diplomatie sah und hörte nichts und wollte nichts sehen.

Ostreich hätte den Kopf riskiert.
Aufstand aber nur die Haare. Italien brauchte den Dreibund wie ein Hund das fünfte Bein gebrauchen würde, aber Deutschland und Österreich seien Italiens bedürftig. Österreich sei des abgesonderten

Deutschlands Waffenträger.

Wollten kein Vater. Und ein andres deutschfeindliches Blatt schreibt, ob der Dreibund die Grundlage europäischen Friedens sei, würden fünfzig Geschichtsschreiber beurteilen. Dem heutigen Deutschland wie Österreich werde der Frieden durch 4 Millionen Vasallen aufrecht erhalten, es sei also ein gehörnischer Friede. Ähnlich äußern sich mit wenigen Ausnahmen die übrigen bedeutenden Zeitungen im Österreich. Demgegenüber stellt die Nord. Allg. Blg. in einem Nachdruck auf Brindisi und Wien fest: Nicht besondere politische Absichten lagen den Begegnungen unseres Kaisers mit den verhinderten Monarchen zugrunde. Wenn diese Begegnungen nach dem Verlauf, den sie genommen, gleichwohl allenfalls als politische Ereignisse von hervorragender Bedeutung verstanden werden, so ist dies dem Umstände zu danken, daß sie den

Fortbestand des Dreibundes

in seiner alten Kraft erneut in Erscheinung treten ließen. Die jüngste Entwicklung hat den weitsichtigeren Politikern recht gegeben, die an der Überzeugung von der fortwährenden Kraft des Friedensbündnisses festhielten und vorher sahen, daß sich das Bündnis als maßgebender Faktor von neuem offenbaren werde, sobald wichtige, das europäische Staatsystem tief berührende Angelegenheiten durch die Machterhaltung in den Hintergrund gedrangt werden würden. Dies geschah in der Balkanfrage. Wenn bereinst eine allemandische Darstellung der Geschichte des hinter uns liegenden bewegten Zeitalters erfolgen wird, wird sie bestätigen, daß die Politik, die der italienische Minister des Auswärtigen, Tittoni, in vollem Einklang mit der Willensmeinung seines Souveräns einhielt, wesentlich mitgewirkt hat an dem Ausgleich der im Zusammenhang mit dem Orientkrisis entstandenen Gegenkräfte. Offenkundig war diese Münzung bei der friedlichen Lösung der montenegrinischen Schwierigkeiten. In Wirklichkeit aber hat Herr Tittoni während des ganzen Verlaufs der Krise eine Haltung eingenommen, die volles Verständnis für die Lage und bereitwilliges Einigekommen gegenüber den Bestrebungen an dem Tag legte, die Krise ohne schwere Gefechtsläufe einem gewöhnlichen Ende entgegenzuführen. Je mehr die allgemeinen Anschauungen über die von Europa kürzlich durchlebte Woche leidenschaftlicher Regungen sich klären werden, desto höher wird in Italien selbst, ebenso wie außerhalb dieses Landes, das Verdienst der italienischen Politik gewertet werden, durch treues Festhalten am Bündnis zur Wahrung des Friedens beigetragen zu haben."

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Das Kaiserpaar wird am 18. Juni an der Einweihung des Denkmals Kaiser

Wilhelms I. in Aachen und an der damit verbundenen Feier der dreihundertjährigen Jubiläumserfeier teilnehmen.

* Der Seniorenkongreß des Reichstags hat sich dahin verständigt, daß das Plenum am 18. d. in die Ferien geht und nicht vor dem 15. Juni wieder zusammentritt. Man rechnet nämlich, daß um diese Zeit die Erstaufsteuer beim Reichstag eingezogen sein werden. Die Erfahrer für die abgelehnten indirekten Steuern würden vermutlich noch vor Pfingsten vorgelegt werden können, aber der Seniorenkongreß legt Wert darauf und richtet an die Regierung das Gründchen, die direkten Erstaufsteuern mit den indirekten zusammenzulegen. Man rechnet zunächst mit Vorlagen betr. Erhöhung des Kaffeozolls und Einführung einer Bündholz-Steuer. Wie verlautet, hat Fürst Bülow in einer Unterredung mit verschiedenen Parteiführern seiner Zuversicht Ausdruck gegeben, daß bis zum Wiederaufzetteln des Reichstages eine befriedigende Lösung in der Frage der Finanzierung gefunden sein werde.

* Wie verlautet, plant die Heeresverwaltung eine eingehende Revision des Militärstrafrechts, die jedenfalls weitgehende Änderungen des jetzigen Strafrechts zur Folge haben dürfte. Bis jetzt sind aber Vorarbeiten hierfür noch nicht im Gange, da man erst die Reform des Zivilstrafrechts abwarten will. Was das Schwerderrecht anbelangt, so ist eine Änderung nicht in Aussicht genommen.

* Die bayrische und die österreichische Regierung haben einen Ergänzungskontrakt zum Staatsvertrag über die bayerisch-tiroler Landesgrenze vom 30. Januar 1844 abgeschlossen, der vorbehaltlich allerhöchster Genehmigung von den Bevollmächtigten Bayerns und Österreichs im bantischen Ministerium des Außenunterzeichnet wurde. Der Ergänzungskontrakt bezweckt die Befestigung der Zweifel, die über den Verlauf der Landesgrenze im Wetterstein- und Karwendelgebiete entstanden sind und eine Neuvermessung veranlaßt haben.

Frankreich.

* Der Pariser Poststreik kann nunmehr als endgültig gescheitert betrachtet werden. Sowohl haben verschiedene Arbeitervereinigungen sich wie der Bund der Bauarbeiter für den Generalstreik ausgesprochen, aber die Regierung legt diesen Drohungen keinen Wert bei, da sie überzeugt ist, daß die überwiegende Mehrzahl der Postbeamten den Streik nicht billigt. Ministerpräsident Clemenceau hat übrigens neue Maßregelungen der Führer der Streikbewegung angekündigt und der Ministerrat hat ihm zugestimmt.

England.

* Wie aus London berichtet wird, begleitet der Staatssekretär des Außen, Grey, den König Eduard, der entgegen andern Vorrichten dem Kaiser Franz Joseph einen Besuch abstattet, nach Aisch, wo zu gleicher Zeit Baron Ahrenthal eintrifft, um verschiedene schwieige Fragen mit Grey zu besprechen, da von höchster österreichischer Stelle der Wunsch ausgesprochen wurde, daß trotz der Vorlommisse im letzten Winter anlässlich des serbischen Konflikts ein freundliches Verhältnis zu England wiederhergestellt werde.

* Bei den Aufsehen erregenden Nachrichten von dem Scheinen deutscher U-Boots über der Nordsee und an der Küste Englands, die jenseits des Kanals so große Unruhe hervorgerufen haben, veröffentlichten jetzt englische und norwegische Blätter den Bericht eines norwegischen Kapitäns, der angeblich beobachtet haben will, wie nachts ein U-Boot, von dem fünf Scheinwerfer strahlten, über der Nordsee geschleift worden sei, als es alle Schiffe unter ihm ableuchtete und dann in südliche Richtung (nach Deutschland?) verschwand. Das solche Alarmnachrichten auf die ohnehin erhöhte Gemüthe in England nicht gerade beruhigend wirken, kann man sich leicht vorstellen.

Holland.

* Die Haltung der deutschen Gesandtschaft in einer Landesvertragsangelegenheit wird in Holland sehr wohlwollend

beurteilt. Ein in Utrecht garnisonierender und zeitweise im Amsterdamer Generalkonsulat beschäftigter Unteroffizier wandte sich schriftlich an die deutsche Gesandtschaft im Haag mit dem Gedanken, wichtige, die Bundesverteidigung betreffende Sätze der deutschen Regierung zu überliefern. Nach kurzer Beratung entschloß sich die Gesandtschaft, nicht auf den Vorfall einzugehen, sondern die holländische Militärbehörde zu benachrichtigen. Als die Militärbehörde durch eingehende Untersuchung festgestellt hatte, daß es dem Unteroffizier mit seinen Absichten ernst war, wurde er vom Sicherheitsbeamten

Spanien.

* Nach einer Meldung aus Madrid hat der Ministerrat beschlossen, die Bekämpfung marrokanischer Gebietsteile trotz der Einwendungen des Sultans unbedingt aufrecht zu erhalten. Man hält die Lage infolge des Konflikts nicht als unbedenklich, doch hofft man in diplomatischen Kreisen auf eine Vermittelung der Mächte. Mitley Hassid erklärt dagegenüber, die umliegenden Stämme werden sich erst dann beruhigen, wenn die Spanier fort seien.

Weltausstellungen.

* Eine Meldung aus Konstantinopel besagt, daß es gelungen sei, Abd el Hamid zu bewegen, sein in auswärtigen Banken depositiertes Vermögen dem Staate zu überlassen.

Amerika.

* Der argentinische Kongreß wurde mit einer Botschaft des Präsidenten eröffnet, in der auf die plüntrige wirtschaftliche Entwicklung des Landes hingewiesen und die guten Beziehungen der Republik zu allen übrigen Staaten hervorgehoben wurden. Angekündigt wird die baldige Vorlage eines Schiedsgerichtsvertrages mit den Ver. Staaten, sowie eines Vertrages über eine Kabelverbindung mit Europa. Im Staatshaushalt für 1908 wird ein Überschuss von 40 Millionen Pesos verzeichnet.

Amen.

* Das neue Ministerium in Persien ist auftrichtig bemüht, die Ruhe im Lande wiederherzustellen. Nach einer Meldung aus Teheran wurde im Reichsrat eine Kommission von 21 Mitgliedern gewählt, um ein neues Wahlgesetz auszuarbeiten. Der Ministerrat forderte in einem Aufforderungsbrief die Bevölkerung auf, sich zu beruhigen. Das Tragen von Waffen wurde verboten. Zur unverhüllten Bestrafung von Ordnungstrümmern wurden Militärgerichte eingesetzt.

Deutscher Reichstag.

Am 17. d. steht vor Beginn der Sitzung der Präsident Graf Stolberg mit, daß ein Schreiben des Grafen Beppu eingelaufen sei, worin er den Reichstag zu einer Beschildigung seines Kutschfasses in Friedrichshafen am 6. Juni einlade.

Die Beratung des Reichstagsengesetzes wird fortgesetzt mit der Abstimmung über § 67 d. d. die Anordnung von Belohnungen gegen Anordnungen bei der Bekämpfung von Viehseuchen im Innlande.

Die Anträge werden abgelehnt und der Paragraph unverändert angenommen. Endso der Rest des Gesetzes.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfs eines Schutzabstimmungsgesetzes.

Staatssekretär Dernburg empfiehlt kurz den Entwurf, der lediglich unter Ausmerzung veralteter Bestimmungen die gegenwärtig geltenden Vorschriften einheitlich zusammenfaßt.

Die Abg. Erzberger (Part.) und Arning (Part.) bringen Wünsche der Farmer in Südwürttemberg vor und verlangen Überweisung des Entwurfs an die Kommission.

Staatssekretär Dernburg glaubt nicht, daß irgend etwas vom grünen Tische geschehen sei, was zu Belohnungen der Ansiedler Anlaß geben könnte.

(In diesem Augenblick schleudert von einer der Tribünen herab ein Bucher, ein älterer Herr, Wilma, mit einer Stickerel beschäftigt, am Rüttelstuhl beim Fenster. Heute wollte aber ihre Arbeit nicht wie gewöhnlich vonstatten gehen; die sonst so fleißigen Hände ruhen sehr oft, und die Blicke des jungen Mädchens waren mit gespannter Aufmerksamkeit auf die Gasse gerichtet.

Seine Promenade unterbrochen und sich für eine Weile vor seine Tochter stellend, sagte der Oberst, eine mächtige Rauchwolke aus seiner Pfeife blasend:

"War das heute ein Tag! Ein Defizit wie es Schröder nicht gebucht werden kann. Mir lächelt das Herz im Leibe, als die Kreis so stramm vorüberzogen. Der Divisionär war auch nach zufrieden, sehr zufrieden, sprach mir seine Anerkennung in schmeichelhaftester Weise ans. Weißt du, Mädel, so was feut ein altes Soldatenherz immer. Abgängen auch für dich eine Freude, Hauptmann Wellersheim ist in den Generalstab versetzt. Ja, was ist denn mit dir, Wilma? Ich spreche nun schon eine Wiederholung und du schenkt mir keine Aufmerksamkeit. Freut dich denn die letzte Nachricht nicht?"

"Nun, Papa, auftrichtig gestanden, ist es mir ganz gleichgültig, ob der Hauptmann in der Linie oder im Generalstab dient," entgegnete diese ruhig.

"Na, wenn der gute Mann diese Rede hören möchte, hätte er bestimmt keine große Freude darüber!" lachte der Oberst. Dann aber fuhr er, plötzlich ernst werdend, fort: "Scher bei Seite, ist die der Hauptmann wirklich gleichgültig? Du weißt, er heißt eine tiefe Neigung zu dir und würde sich glücklich fühlen, dein Jawort zu erlangen. Wellersheim ist ein Ehrenmann in des Vaters vollster Bedeutung."

"Das ist er, Vater," entgegnete das junge Mädchen, "und darum besteht er auch meine größte Sorge. Etwas anderes aber ist es mit meiner Liebe. Es spricht in meinem Herzen keine einzige Stimme für ihn, und ich habe mich ihm gegenüber auch nie so benommen, daß er auf das Vorhandensein einer solchen nur im entferntesten hoffen dürfte."

"Das habe ich wohl selbst bemerkt, liebes Kind, und doch gestehe ich auftrichtig, daß es mir recht leid um ihn ist. Der Hauptmann ist ein durch und durch schicksalsschwerer Charakter; ich bin überzeugt, er hätte dich, als seine Gattin, auf den Hühnern getragen. Abgängen liegt mir nichts fern, als dir zuzureden, einem Mann deine Hand zu reichen, dem nicht auch dein Herz gehört. Liebe und Achtung sind die Grundbedingungen einer glücklichen Ehe; wo eine dieser beiden fehlt, ist es schlimm bestellt. Zwar läßt es sich noch eher ohne Liebe, niemals aber ohne Vertrauen in die gegenseitige Ehrenhaftigkeit leben. Wellersheim hat mich in sein Ver-

Nach unerheblicher Debatte wird der Gelegenheitsvorfall der Publikumskommission überwunden.

Weiter folgt die erste Beratung des Gesetzes, wobei hervorhebend die Verwaltung des Reichslandes und des Reichstagsfonds ist. Die Vorlage sieht die bislang selbständige Verwaltung des Reichslandes und des Reichstagsfonds.

Nach kurzer Beratung entschloß sich die Gesandtschaft, nicht auf den Vorfall einzugehen, sondern die holländische Militärbehörde zu benachrichtigen. Als die Militärbehörde durch eingehende Untersuchung festgestellt hatte, daß es dem Unteroffizier mit seinen Absichten ernst war, wurde er vom Sicherheitsbeamten

zweite Abstimmung angenommen.

Nächster Gegenstand ist die zweite Beratung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb.

Abg. Bitter (Part.) bemerkt zum § 1, es sei dankenswert, daß die Kommission die Generalaufsicht (von dem Bericht gegen die guten Sitzen) aufgenommen habe. Das Gesetz soll mit Recht den gewerblichen Mittelstand fördern gegen unlauteres Verhalten von Konkurrenten. Aber auch gegen unlauteres Verhalten von Angestellten und gegen deren Beleidigung durch Dritte.

Abg. Linz (Part.): Auch wir freuen uns, daß die Generalaufsicht eingeführt worden ist.

Abg. Müller-Meiningen (Part.): Meine Freunde stimmen gleichfalls dem Grundgedanken des § 1, der Generalaufsicht, zu. Dadurch wird der Wettbewerb befähigt, die Erfahrungen des praktischen Lebens auszunutzen.

Abg. Sievers (Part.): Ich kann nur als meine Freunde eine gleichartige Erklärung ab.

Abg. Jung (Part.): Sagen Sie mir, daß die Einführung der Generalaufsicht auf einen Wunsch aller Parteien beruhe, und auf dem Wunsche aller beteiligten Kreise.

Abg. Graf Hartmann-Bieserwitz (Part.): Auch nach Auffindung meiner Freunde war die Generalaufsicht unbedingt notwendig. Die betr. Klausel im Bürgerlichen Gesetzbuche, auf die die Regelung unerwidert verwies, genügt nicht.

Abg. Frank-Mannheim (Part.): Wir haben unsre Bedenken fallen lassen können und werden der Generalaufsicht zustimmen.

§ 1 wird sodann angenommen, ebenso § 2.

Beim § 3, der unter anderem in Reklamation, Anwesen und zur Ausführung geeigneter Angaben bestehender Art für strafbar erklärt (Belohnung bis zu einem Jahre und Geldstrafe bis 5000 Mark) beantragt.

Abg. Roeren (Part.): Die Worte "tatlicher Art" zu streichen, also unwahre Angaben generell unter Strafe zu stellen.

Abg. Ober-Regierungsrat Düngeggs widerrede.

Abg. Arnold (Part.): Ich tritt für Streichung ein.

Abg. Linz (Part.): Die Beibehaltung der Worte würde zu einer hellen Mutter führen.

Die Abg. Frank-Mannheim (Part.), Jung (Part.) und Neumann-Höfer (Part.): Wir stimmen dem § 3 zu.

Der Antrag Roeren wird angenommen.

§ 5 ist der Konkurrenzabstimmungsparagraph.

Abg. Hartmann-Bieserwitz (Part.): Ich stelle fest, daß durch diesen Paragraphen, der unterlagt, wenn eine Konkurrenzware bereits in zweiter Hand auf die Konkurrenzware irgendwie Bezug zu nehmen, daß die Wettbewerbsstrafe erhöht wird: Wer die Wettbewerbsstrafe nicht, der ist trotzdem ein erbärmlicher Wicht.

§ 5 wird angenommen.

§ 6 schreibt die Offenlegung des Warenverzeichnisses des Kaufvertrags vor.

Abg. Müller-Meiningen (Part.): Ich beantrage, daß hierbei die gelehrte Handels- und Gewerbevertretung anzuhören ist.

Der Antrag Roeren wird angenommen.

§ 10a ist der Schmiergeld-Paragraf, von der Kommission neu eingeführt.

Abg. Frank (Part.): Ich beantrage Streichung.

Abg. Graf Hartmann-Bieserwitz (Part.): Nicht weniger als 46 Handelskammern haben sich für einen solchen Schmiergeld-Paragrafen erklärt, der sich überdest weniger gegen die Angestellten, die Bevölkerung richtet, als gegen die Besitzer. Und auch die übrigen Handelskammern haben zugestimmt, daß die Schmiergeldstrafe ein Unrecht ist.

Abg. Mugdan (Part.): Wir besitzen fest und beobachten die Haltung der Freiheitlichen. Wissenswerte gegen irgend einen Stand liegt uns dabei völlig fern.

Abg. Bitter (Part.): Auch wir sind für Beibehaltung des § 10a. Eine Spur gegen die Angestellten und Arbeitnehmer entfällt er nicht.

Abg. Hartmann-Bieserwitz (Part.): Ich erschließe im Namen eines Teiles der Freiheitlichen zum Abg. Mugdan für Beibehaltung des § 10a.

Nach weiterer Debatte wird der Paragraf unverändert angenommen, ebenso der Rest der Vorlage. Darauf tritt Beratung ein.

Der Abg. Bitter (Part.): Ich bitte Sie, daß ich bei meiner Abstimmung bleibe?

Wilma, sich von ihrem Sohn erhebend und ihre Arme um den Hals des alten Herrn legend.

Aber wie kannst du so einen Gedanken fassen, Mädel? Weißt du doch, daß du mein ganzes Glück und die Freude meines Lebens bist. Die Sorge um deine Zukunft allein war es, die mich dazu drängte, dem Hauptmann das Wort zu reden, denn sich, mein Kind, ich bin bereits an Jahren weit vorgeschritten. Schließe ich heute die Augen, so bleibst du unversorgt zurück. Das Wenige, was ich mein